

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. März 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

Punkt 15 der Tagesordnung: Umfrage zum Betreuungsbedarf von Grundschulkindern

Antrag der Stadträte Tilman Pfannkuch und Detlef Hofmann, der Stadträtinnen Bettina Meier-Augenstein, Marianne Mußnug und Karin Wiedemann (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 10. Februar 2015

Vorlage: 2015/0117

dazu:

Evaluation des Betreuungsbedarfs für Kinder in Karlsruhe

Ergänzungsantrag der Stadträte Lüppo Cramer und Max Braun (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion vom 17. März 2015

Vorlage: 2015/0162

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Ergänzungsantrag: Weiterbehandlung im Jugendhilfeausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir beantragen, eine Umfrage durchzuführen über den Betreuungsbedarf für die Grundschul Kinder. In unserem Antrag meinten wir, dass dies schon zum kommenden Schuljahr möglich ist. Das wird – die Antwort der Verwaltung legt dies nachvollziehbar dar – nicht mehr möglich sein, da schon vor zwei Wochen die Anmeldungen für die Erstklässler stattgefunden haben. Das wäre jetzt in dem Fall unlogisch.

Wir meinen aber, dass diese Umfrage jetzt einmal wieder durchgeführt werden sollte. Die letzte hatte im November 2010 stattgefunden und hatte damals schon eine sehr hohe Beteiligung mit 65 %. Das ist eigentlich schon außergewöhnlich und zeigt, dass das ein Thema ist, das die Eltern bewegt und wo Handlungsbedarf ist. Seitdem hat sich unser Schulsystem weiterentwickelt, hat sich in vielen Teilen verändert. Deswegen sind

wir auch froh, dass die Verwaltung auch in unserem Sinne antwortet und uns vorschlägt, dass wir im Herbst diese Umfrage durchführen für das nächste Schuljahr. Dem können wir so mitgehen.

Allerdings meinen wir, dass diese Umfrage so aufgesetzt sein sollte, wie auch im Jahr 2010 und nicht grundsätzlich von der Ganztagsgrundschule als Basismodell für die Schulkindbetreuung ausgegangen werden soll. Das sehen wir anders. In der Antwort zum Antrag der KULT-Fraktion ist es auch noch einmal deutlicher beschrieben. Da sagt die Verwaltung, dass grundsätzlich zukünftig die Ganztagschule das Regelangebot darstellen und langfristig an jeder Grundschule angeboten werden soll. Da meint meine Fraktion, dass wir deswegen diese Umfrage durchführen sollen, dass wir den Bedarf und die Wünsche der Eltern abfragen und hier auch individuell darauf eingehen können. Wir wissen in unserer Stadt – das war die letzten Jahre auch so -, die Schülerhorte sind wirklich sehr angesehen, weil dort auch eine hervorragende Arbeit gemacht wird. Für die Eltern ist diese Flexibilität und auch die Betreuung in den Ferien doch sehr wichtig.

Zum Antrag der KULT kann ich sagen, dass wir das in großen Teilen ebenfalls unterstützen. Bei der Umfrage für die unter Dreijährigen sehen wir es wie die Verwaltung, dass durch das smartKITA-Verfahren, das wir jetzt wirklich gut eingeführt haben, hier die Erkenntnisse vorliegen. Ich denke, der Ansatz, den die KULT-Fraktion für die Drei- bis Sechsjährigen hat, geht in unsere Richtung. Das können wir gerne auch jährlich machen. Das tragen wir mit. Dass es natürlich stadtteilbezogen sein soll, ist auch klar, weil wir auch gerade bei den kleinen Kindern die kurzen Wege in die Schule wollen.

Ich habe auch Sympathien dafür, dann auch eine Umfrage zu machen unter der Gruppe der Sechs- bis Zehnjährigen, also der Grundschul Kinder, weil ich jetzt gerade selbst erlebe als Mutter, dass es doch noch einmal etwas anderes ist, wenn das Kind dann in die weiterführende Schule kommt, dort keine Nachmittagsbetreuung angeboten wird, dann das Kind irgendwie nachmittags oder möglichst zwischendurch wieder in den Hort fahren soll. Das ist alles etwas schwierig. Insofern wäre das vielleicht auch einmal ein Ansatz, diesen Bedarf abzufragen. Dann würden wir insgesamt ein ganzes Paket bekommen für die Betreuung und könnten daraus dann unsere Handlungsschritte ableiten.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Stadtrat Braun (KULT): Die letzte Umfrage zum Betreuungsbedarf von Grundschulkindern liegt nun fast fünf Jahre zurück. Mit wechselnden Ansprüchen der Kinder und deren Eltern sowie der stetigen Ausweitung der Angebote an Ganztagsgrundschulen ändert sich auch der nun zu ermittelnde Betreuungsbedarf. Um noch genauer auf die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder eingehen zu können, ist es von enormer Bedeutung, noch dieses Jahr eine solche Umfrage abzuhalten. Der Mittelpunkt dieser Umfrage soll die gewünschte Betreuungsform sein. Ob Ganz- oder Halbtagsgrundschule, Schülerhort oder externe Nachmittagsbetreuung. Außerdem müssen Eltern von Kindern aus Förder- und Präventivklassen wieder miteingebunden werden. Eine zusätzliche Umfrage soll abgehalten werden, um außerdem den Betreuungsbedarf von unter Dreijährigen sowie den von Drei- bis Sechsjährigen in Kindergärten zu ermitteln.

In Karlsruhe können Eltern zwischen verschiedenen Arten der Betreuung mit unterschiedlichen Betreuungszeiten und aus verschiedenen Trägern wählen. Doch bislang gibt es keine Erkenntnisse, ob das aktuelle Angebot wirklich deckungsgleich ist mit dem Bedarf. Ein wesentliches Ziel dieser Evaluation ist es, Lücken in bestehenden Betreuungsformen aufzuzeigen. Dazu gehört u. a. eine mögliche fehlende Betreuungsmöglichkeit in den Schulferien.

Wir können von einer sehr positiven Rücklaufquote der Umfragebögen ausgehen, da Karlsruher Eltern erfahrungsgemäß sehr kooperierend mit der Stadt sind. Eine solche Evaluation muss außerdem jährlich wiederholt, stadtteilbezogen ausgewertet werden und die Ergebnisse der Öffentlichkeit in verständlicher und geeigneter Form präsentiert werden. Eine Ergebnisverkündung im Jugendhilfeausschuss ist nicht ausreichend.

Mit der Antwort der Verwaltung bin ich nicht einverstanden. Ich halte eine solche Umfrage in regelmäßigem Abstand durchaus immer noch für sinnvoll und nützlich, auch daher, weil einiges nicht über smartKITA abgefragt werden kann. Beispielsweise welche Betreuungszeiten sich die Eltern wünschen oder ob man vielleicht lieber eine Tagesmutter in Anspruch nehmen möchte.

Wie bereits erwähnt, ist es unabdingbar, diese Umfrage noch in diesem Jahr, spätestens aber im Herbst abzuhalten, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit feststeht, welche Einrichtung ein Kind künftig besuchen soll. Dies ist notwendig, um spätestens für das Schuljahr 2016/17 diese wichtigen neuen Erkenntnisse zu erhalten. Die KULT-Fraktion unterstützt daher den Antrag der CDU und würde sich im Namen aller Karlsruher Kinder freuen, wenn Sie auch unseren Antrag unterstützen.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Stadträtin Uysal (SPD): Die Betreuungsangebote für Schulkinder bilden einen verlässlichen Rahmen vor und nach dem Stundenplan mit dem Unterricht in den späten Nachmittag. Als Kommune sollten wir den verlässlichen Rahmen weiterhin sicherstellen, weil das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer mehr an Bedeutung gewinnt. Somit müssen wir auch hier den Karlsruher Familien bei der Planung eine gewisse Sicherheit geben.

Durch diese Umfrage, die wir auch sehr begrüßen, können wir den Betreuungsbedarf der Karlsruher Eltern neu ermitteln bzw. auch aktualisieren, weil sie schon einmal stattgefunden hat. Nach dieser Ermittlung können wir dann als Kommune gezielt auf den Bedarf reagieren. Wir sind deshalb sehr gespannt auf die Ergebnisse, die dann eine gute Grundlage für die weitere Planung sein werden. Wichtig für uns ist es aber, dass die Kinder ein pädagogisch qualifiziertes und bedarfsgerechtes Angebot erhalten sollen. Deswegen sind wir gespannt auf das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Wie der Antrag der CDU aufzeigt, ist auch die reine Halbtagschule längst passé. Es gibt in der Praxis längst keine Grundschule mehr, die nicht in irgendeiner Form ein ergänzendes Angebot vor- oder hinterher hat. Eine Umfrage der

Stadt über den Bedarf und die gewählte Form des Nachmittagsangebotes ist deshalb sinnvoll und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Fünf Jahre sind seit der letzten Umfrage vergangen. Deshalb begrüßt die GRÜNE-Fraktion es, dass angekündigt wurde, das erneut durchzuführen, und halten den von der Stadt vorgeschlagenen Zeitpunkt im Oktober/November für genau richtig. Die Stadtverwaltung weist in ihrer Stellungnahme zu Recht darauf hin, dass der Gemeinderat als Basismodell die Ganztagschule beschlossen hat. Das können wir jetzt schlecht im Nachhinein wieder negieren, denn das haben wir gerade erst gemacht. Das ist noch gar nicht so wahnsinnig lange her. Jetzt zu sagen, ich weiß nicht, was ich selbst beschlossen habe, käme etwas seltsam gegenüber den Eltern zum Tragen. Gleichzeitig bleiben aber die ergänzenden Betreuungsformen und der Hort als Wahlangebot bestehen. Keine Schule – das muss man deutlich sagen – keine Schule wird gezwungen, eine Ganztagschule einzurichten. Auch die Eltern werden nicht gezwungen, ihr Kind dann auf diese Ganztagschule zu geben, sofern sich eine Grundschule dafür entschieden hat.

Man kann davon ausgehen, dass die Umfrage im Herbst 2015 etwas anders ausgehen wird als die letzte Umfrage. Schlicht und ergreifend, weil wir inzwischen Ganztagsgrundschulen in der Praxis haben, die sich auch bewähren können und dementsprechend auch manche Eltern von den besonderen Qualitäten überzeugen können, die eine Ganztagesgrundschule anbietet. Inzwischen zeigt sich, wo die Zustimmung der Eltern zu einer Ganztageschule sehr hoch ist. Ein Beispiel ist die Grundschule am Waserturm, über die wir in den letzten Sitzungen sehr ausführlich gesprochen haben.

Was den Ergänzungsantrag der KULT angeht, sind wir auch dafür, eine Evaluation durchzuführen, inwieweit Angebot und Nachfrage noch passen und dabei auch die Kleinkinderbetreuung mit einzubeziehen. Was aber genauso wichtig ist, ist die Evaluation der pädagogischen Qualität. In den Kitas ist derzeit das allergrößte Problem der Fachkräftemangel, der sich negativ auf die Qualität auswirken kann. Deshalb muss aus unserer Sicht ein Schwerpunkt der Stadt auf der Gewinnung von weiteren Fachkräften liegen. Auch damit lassen sich manche Bedenken von Eltern zerstreuen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Jooß (FDP): Der gute Rücklauf von 2/3 der Umfrage zeigt deutlich den Bedarf von Ganztagesgrundschulen, obwohl es Eltern gibt, die die Hortlösung bevorzugen. Deshalb brauchen wir eine flexible Lösung mit unterschiedlichen Angeboten. Dass der Zeitrahmen 2015/16 sehr eng ist, sehen wir auch so und folgen der Verwaltung mit ihrer Antwort, die Erhebung erst 2015 durchzuführen mit dem Neustart für die Schüler 2016/17.

Zum KULT-Zusatzantrag: Dem folgen wir voll umfänglich. Ich denke, da ist es notwendig, jährlich zu ermitteln, wie die Bedarfe sind. Wir stimmen dem Zusatzantrag der KULT zu.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir unterstützen den CDU-Antrag. Wir unterstützen auch die Ausführung von Frau Meier-Augenstein. Wir haben zwar inzwischen Ganztagesgrundschulen an einigen Stellen der Stadt. Aber in vielen Bereichen haben wir eben noch keine.

In Grünwinkel beispielsweise, wo ich gerade meine Tochter angemeldet habe, gibt es zwei Schülerhorte. Wir sollten auch bei der Formulierung des Fragebogens vorsichtig sein, um die Eltern nicht noch weiter in die Irre zu führen. Denn dort ist die Frage inzwischen entscheidend, welche der beiden Schülerhorte wird in Zukunft Bestand haben. Die Eltern sind schon verunsichert. Gerade in Grünwinkel wird es so sein, dass erst einmal beide Schülerhorte bestehen bleiben. Deswegen ist es auch wichtig, dass in beiden Schülerhorten Schüler angemeldet werden. Also bitte bei der Formulierung des Fragebogens nicht nur die Ganztagesgrundschule in den Vordergrund stellen, sondern sich einfach an der realen Situation in vielen Stadtteilen orientieren, wo es die noch nicht gibt und wir nach wie vor auf die Schülerhorte angewiesen sind. Für diese Schülerhorte ist es ganz wichtig, dass man den Bedarf kennt. Wenn man dann als Eltern dort hinkommt und will sein Kind anmelden, dann heißt es nicht selten: Sie hätten schon vor einem Jahr kommen müssen.

Es ist ganz wichtig, dass die Stadt weiß, wie groß der Bedarf ist und dass die Schülerhorte darauf ausgelegt werden können. Deswegen begrüßen wir den Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Lenz: Gestatten Sie mir einen Blick zurück ins Jahr 2009 oder 2010. Was war damals? Der soziale Wandel fiel uns allen regelrecht vor die Füße, oder ich könnte auch sagen, es war etwas Nebel und wir brauchten dringend Erkenntnisse. Genau wie Sie es jetzt alle für die Jetztzeit formuliert hatten. Meinem Team ist es damals gelungen, zusammen – Herr Kollege Jäger – mit dem Amt für Stadtentwicklung, Frau Dr. Wiegemann-Uhlig, ein Verfahren zu entwickeln, das nicht ganz so trivial war. Wenn Sie über alle Kindergärten die Eltern direkt ansprechen, dann sehen Sie nicht nur den Aufwand – um den geht es mir nicht -, sondern auch die Lösung, warum die Rücklaufquote so hoch war.

Warum führe ich das jetzt aus? Der Städtetag kam auf uns zu, hat uns allen auf die Schulter geklopft, denn diese Umfrage in dieser Qualität war eine Pionierleistung. Deswegen ist es auch ganz logisch, da haben Sie völlig Recht, dass wir das jetzt möglichst wiederholen. Es geht natürlich erst ab Herbst. Das verstehen Sie auch.

Dann kam aber der Städtetag und sagte damals ein Jahr später: Können wir so etwas nicht mit U3 machen? Da hat dann aber unsere Fachlichkeit ihr Ende gefunden. Die Uni Dortmund, das Deutsche Jugendinstitut in München und wir, dieses Dreigestirn, hat dann diese U3-Umfrage gemacht. Das waren damals 45.000 Euro, die wir dann auf den Tisch legen mussten. Jetzt bin ich froh, dass wir mit smartKITA ein Verfahren haben, wo wir automatisiert an Daten kommen. Das hätten wir uns an der Stelle gar nicht so vorstellen können.

Deswegen, Herr Stadtrat Braun, sehen Sie es mir nach. Lassen Sie uns doch im Schulbeirat oder Jugendhilfeausschuss – das Staatliche Schulamt spielt auch noch mit, nicht nur die ganzen Kindergarten- und Kita-Träger – noch einmal genau schauen. Denn - damit will ich mit dem Positiven enden, Herr Stadtrat Yabo, ich darf das Bild aus dem Fußball jetzt benutzen – die Wahrheit liegt auf dem Platz. Das Wort „Platz“ heißt, die Wahrheit liegt in den Plätzen, ob Schülerhort, ergänzende Betreuung, ob Ganztageschule. Deswegen vielen Dank für den Hinweis, die Eltern nicht zu verunsichern. Mit solchen Umfragen schaffen Sie dann auch Erwartungen.

Vor fünf Jahren haben wir gesagt, wir brauchen bis 2015 46 %. Die haben wir übrigens, Status Quo heute, erreicht. Wir sehen, dass der Bedarf nicht mehr so drückt, wie vor fünf Jahren, dass der Ausbau jetzt entsprechend zielgerichtet weitergehen kann. Ich denke, die Gespräche, die wir gerade in den Höhenstadtteilen führen - wo machen wir entsprechende Angebote - lassen wir dann natürlich mit einfließen, Frau Stadträtin Uysal. Aber lassen Sie uns noch einmal ganz genau darauf schauen, nicht nur wegen der Ressourcen, die es dazu braucht, sondern dass die Wahrheit auch wirklich in den Plätzen liegt und dass wir das Angebot passgenau hinbekommen.

Das bekommen wir hin mit unserer Art des Dialogs der Elternforen, ob Staatliches Schulamt, ob Kitaträger. Wir machen jetzt in Neureut nach den Osterferien auch noch einmal ein Elternforum, ähnlich wie bei Südstadt-Ost, nur mit einer ganz anderen Zielrichtung. Ich denke, da hat der Abstimmungsprozess immer ganz gut geklappt. Die zwei Zahlen kennen Sie. 2010 10 % Ganztagesgrundschule, jetzt 37 %. 40 % war das Ziel für 2015/16. Das erreichen wir. Bei den Kitaplätzen war das Ziel 46 %, damals durch diese Untersuchung ausgerufen. Auch dieses Ziel haben wir erreicht. Jetzt lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir den Bedarf tatsächlich erheben. Aber lassen Sie uns natürlich auch weiter die entsprechenden Angebote schaffen. In diesem Sinne würde ich doch bitten, das in Ruhe in den Fachgremien noch einmal anzuschauen. Das ist keine Bremse, sondern nur eine entsprechende Feinjustierung.

Der Vorsitzende: Wir kommen dann zur Abarbeitung der Anträge. Wir müssen jetzt genau schauen, weil das alles durcheinander ging. Der CDU-Antrag möchte den Betreuungsbedarf eines Jahrgangs erheben in einer Umfrage. Wir bieten Ihnen an, es wieder in ähnlicher Form zu machen wie 2010 und im Herbst 2015 für den Jahrgang der Einschulung 2016/17 zu erheben. Wenn ich das richtig verstanden habe, dann haben wir Ihnen das so zugesagt. Dann können wir damit den Antrag als erledigt betrachten.

Der Ergänzungsantrag der KULT geht jetzt von drei verschiedenen Altersgruppen aus, nämlich von unter 3, von 3 bis 6 und von 6 bis 10. Da würden wir Ihnen vorschlagen, dass wir für die Sechs- bis Zehnjährigen jetzt nicht noch einmal erheben, denn wir haben Ihnen gerade zugesagt, es für die, die demnächst 6 Jahre alt werden – also einen ganzen Jahrgang – im Herbst für nächstes Jahr zu erheben. Es macht aus meiner Sicht auch keinen Sinn, alle Viertklässler-Eltern zu befragen, was sie in der 4. Klasse gerne gehabt hätten. Denn sie sind schon in der 4. Klasse. Da habe ich keine Erkenntnis daraus.

Insofern lassen Sie uns, was die Grundschul Kinder betrifft, wirklich dem Antrag der CDU ausschließlich folgen, einen ganzen Querschnittsjahrgang, und zwar der, der im über-

nächsten Herbst eingeschult wird, zu befragen, so dass wir dann auch verlässlich wissen, wo wir was ausbauen können.

Bei den unter Sechsjährigen haben Sie die U3-Gruppe. Bei der Gruppe der Drei- bis Sechsjährigen begehren Sie jetzt – da haben hier viele zugestimmt – auch noch einmal eine eigene Erhebung. Herr Bürgermeister Lenz hat gesagt, was es kostet, wenn man das umfassend machen will. Wir glauben, dass wir mit dieser smartKITA-Sache ausreichend Daten haben. Aber möglicherweise müssen wir die smartKITA-Abfrage auch noch etwas verbessern, um vielleicht noch Alternativen darzustellen. So etwas kann ich mir gut vorstellen. Aber da fände ich es gut, wenn Sie dem Vorschlag folgen, dass man das im Jugendhilfeausschuss noch einmal gemeinsam vertieft. Nicht, dass Sie jetzt hier eine Umfrage beschließen, die am Ende vieles an Daten erbringt, die wir sowieso schon haben oder einfacher haben könnten.

Eine jährliche Umfrage der Qualität, wie wir sie hier schon einmal gemacht mit 45.000 Euro für all 0- bis Sechsjährigen, ist nicht nur nicht selbstverständlich, sondern es ist absolut unvernünftig und unbezahlbar. So schnell können wir auch nicht reagieren, wenn wir dann jedes Jahr neue Ergebnisse bekämen. Von daher mein Vorschlag, wenn die KULT einverstanden wäre, dass wir zum Thema Kindergartenplätze erst noch einmal schauen, was schaffen wir mit unserem System. Ich bin sicher, wir verbessern lieber unser System, als dass wir jetzt noch mit zusätzlichen Umfragen arbeiten.

Herr Stadtrat Cramer? – Das ist okay. Gut, dann nehmen wir den KULT-Antrag in den Jugendhilfeausschuss. Im Falle des CDU-Antrags verfahren wir so, wie vorgeschlagen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
17. April 2015